

ERHARD CROME

Imperiale Weltordnung?

Imperiale Strukturen sind nichts Neues in der Geschichte. Ihre Errichtung wie ihr Zerfall kosten in der Regel große Opfer. Nun hat also der Krieg gegen den Irak stattgefunden.

Die Ziele waren weitreichend. Es ging nicht allein darum, das Regime von Saddam Hussein zu stürzen; der Sturz sollte entscheidend und sichtbar durch eine überwältigende militärische Macht erfolgen. Das zielte nicht nur darauf, den Irak zu regieren, sondern die Psychologie der islamischen Welt zu transformieren, indem die USA ihre überlegene Macht demonstrieren. Auch ging es nicht vordergründig um Öl, sondern um Geopolitik. Der Irak liegt schließlich im Zentrum der Region zwischen dem Mittelmeer und dem Persischen Golf. Derzeit scheint der Irak allerdings unregierbarer als je

zuvor. Die Desorganisation im Lande nimmt zu. Die Bereitschaft des US-Kongresses, eine größere Besatzungsmaschinerie zu finanzieren, rückt parallel dazu in die Ferne. Alle anderen Staaten der Region, darunter die Regimes von Saudi-Arabien und Iran, sollten ihre Interessen den USA unterordnen. Kombiniert mit der Verfügung über das Öl wollten die USA die Kontrolle über Europa und über die wachsenden Ökonomien Asiens, auch Chinas, Indiens, Japans und der sog. »Tigerstaaten« wieder vergrößern.

Doch die Welt verweigert sich einer neuen imperialen Kolonialisierung. Offenbar sind die Gegenkräfte stärker, als die Imperial-Politiker meinten. »Eine andere Welt ist möglich« – und Cancun gescheitert.

Berlin, im September 2003

Historische Dimensionen

In der Geschichte gab es sozialhistorisch bisher zwei wesentliche Einschnitte: die agrikulturelle Revolution vor etlichen Jahrtausenden und die Entstehung der modernen, kapitalistischen Welt am Beginn der Neuzeit. Von Europa ausgehend breitete sich die kapitalistische Wirtschaftsweise seit dem 16. Jahrhundert über die ganze Welt aus. Fernhandel, koloniale Eroberungen und Verallgemeinerung des Profitprinzips verdrängten andere Weltwirtschaftsgefüge und schufen das kapitalistische Weltsystem. Im »Kommunistischen Manifest« heißt es dazu: »Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.« (Marx/Engels: 466)

Dieser Kapitalismus brauchte und braucht nicht nur Märkte und Waren, die auf diesen Märkten verkauft werden, sondern auch Arbeitskraft, also Menschen, die geködert oder gezwun-

gen werden, die Waren zu produzieren, die zu einem Preis verkauft werden, der höher liegt als die Kosten des Verkäufers. Das so konstituierte Profitprinzip brachte die soziale Frage des Kapitalismus hervor, die nach menschenwürdigem Leben und den Lebensbedingungen jener, die diese Waren produzieren.

Die auf Marx zurückgehende kommunistische Bewegung zielte auf die Errichtung einer anderen Gesellschaft, die nicht-kapitalistisch produziert und die soziale Frage löst. Verstärkt durch das Elend und die Verbrechen, die die alten herrschenden Klassen im ersten und zweiten Weltkrieg begangen hatten, gelang es den Kommunistischen Parteien in einer Reihe europäischer Länder ab 1917 bzw. 1944, die Macht zu übernehmen und eine solche Gesellschaft zu proklamieren. Sie vermochten es jedoch nicht, aus der Logik des kapitalistischen Weltsystems auszutreten. (Wallerstein, 2002: 18) Ihre Macht im Innern konnte nicht demokratisch legitimiert werden, so dass ihre Herrschaft von eigenen Verbrechen geprägt blieb. Statt dass eine ausbeutungsfreie Gesellschaft entstand, hatte sich mit der Partei-Nomenklatura eine neue herrschende Klasse ausgebildet. Nach außen verloren die staatssozialistischen Länder den wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen, dessen Bedingungen durch das bewusst herbeigeführte Wettrennen für den Osten zusätzlich erschwert worden waren. Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre verzichtete die kommunistische Nomenklatura in den osteuropäischen Ländern auf

weitere staatssozialistische Versuche, übergab die Macht gewählten Regierungen und versuchte vielerorts, am erfolgreichsten wohl in Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, »Bourgeois«, d. h. Kapitaleigentümer zu werden.

Neuer Drang des Kapitals

Dieser weltgeschichtliche Vorgang hatte weitreichende Folgen. Alle Zugeständnisse, die aus Furcht vor weiteren kommunistischen Versuchen sowie im Gefolge von Kompromissen zwischen den Unternehmern und den starken Organisationen der Arbeiterschaft zustande gekommen waren, sollen rückgängig gemacht werden: Abbau sozialer Rechte der Arbeiter und anderer abhängig Beschäftigter sowie sozialer Sicherungssysteme, Senkung der Arbeitseinkommen im Vergleich zu Einkommen aus Aktienbesitz bzw. kapitalistischem Eigentum überhaupt, Demontage der öffentlichen Daseinsvorsorge und Privatisierung von deren Einrichtungen – all dies ist zielstrebig auf die Tagesordnung gesetzt und betrieben worden.

Zum Kapitalismus gehört, »daß viele Vorgänge, die vorher anders als über einen Markt gesteuert wurden, den Charakter von Waren erhielten – nicht nur Tauschgeschäfte, sondern auch Produktions-, Verteilungs- und Investitionsvorgänge. Seit dies einmal angefangen hat, versuchen Kapitalisten, in dem Bestreben, mehr und mehr Kapital zu akkumulieren, immer mehr soziale Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens zur Ware zu machen. Und da Kapitalismus ein Prozeß ist, der sich nur nach eigenen Bedürfnissen richtet, ergibt sich, daß kein sozialer Vorgang von einer möglichen Vereinnahmung wirklich ausgeschlossen ist.« Die historische Entwicklung des Kapitalismus beinhaltet den Drang, »alle Dinge in Waren zu verwandeln«. (Wallerstein, 1984: 11) Dieser Drang hat nach dem Ende des Staatssozialismus einen wesentlichen Sprung gemacht: Nicht nur die ehemals kommunistischen Staaten stehen ihm offen, alle Regionen der Welt und auch die inneren Winkel der Gesellschaften sehen sich ihm gegenüber. Hier ordnen sich die neoliberalen Planungen ein, nach dem Scheitern des Internationalen Investitionsschutzabkommens (MAI) über die Welthandelsorganisation (WTO) das sogenannte GATS-Abkommen (Handel mit öffentlichen Dienstleistungen) unter Dach und Fach zu bringen. Immer rascher sind auch in Europa die Politiker dabei, Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Elektrizitätswerke, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr und vor allem die Trinkwasserversorgung zu verkaufen. Das GATS-Abkommen soll bis 2005 weltweit bindend Gültigkeit erlangen. Die Unterschrift eines Landes unter dieses Abkommen würde den Ausverkauf öffentlicher Güter dauerhaft festschreiben. Wesentliche Lebensbereiche, Schule, Gesundheit, Sozialeinrichtungen wären von Profitmaximierung allein bestimmt. Auch die EU-Kommission bereitet derzeit ihr »Angebot« an die WTO vor. All dies geschieht hinter verschlossenen Türen.

Die soziale Frage stellt sich auf globaler Ebene heute neu: Es ist eine internationale Nobilität entstanden, der diese kapitalistische Weltwirtschaft gehört und die keinerlei soziale Verantwortung verspürt. Die Milliardäre der USA verfügen über mehr

Kaufkraft als die gesamte »Volksrepublik« China; die reichsten 365 Personen der Welt haben zusammen ein größeres Einkommen als die 1,2 Milliarden der Ärmsten der Welt.

Wieder Krieg Mittel der Politik

Eine andere weitreichende Folge ist, dass die USA die einzig verbliebene Supermacht sind. Sie geben mehr für Rüstung aus, als ihre wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Konkurrenten zusammen genommen: Bereits 1998 beliefen sich die Rüstungsausgaben der USA auf fast 266 Mrd. US-Dollar, während die Russlands 54 Mrd. US-Dollar betragen, die Chinas weniger als 37 Mrd. US-Dollar und die der europäischen NATO-Staaten zusammen 171 Mrd. US-Dollar. Für das Haushaltsjahr 2002/2003 sind in den USA 355 Mrd. US-Dollar für Rüstung vorgesehen. Das militärische Potenzial der USA ist weder quantitativ noch qualitativ einzuholen.

Gestützt darauf wurde Krieg wieder zu einem »normalen« Mittel der Politik gemacht. Gingen in der Zeit des Kalten Krieges auch die Planungen der USA davon aus, einen großen Krieg zu vermeiden und »kleine« Kriege nicht eskalieren zu lassen, so wird heute offen von »imperialen« Kriegen geredet, die einen anderen Charakter haben. Maximale Gewalt soll in kürzester Zeit eingesetzt werden, um die Ordnung zu schaffen, die das imperiale Zentrum will. In gewissem Sinne war der Jugoslawien-Krieg 1999 der erste Krieg, Unbotmäßigkeit zu bestrafen, ein Land dem erwähnten »Drang« des internationalen Kapitals zu öffnen und sich dafür über das geltende Völkerrecht hinwegzusetzen.

Imperialismustheoretisches

Aus Lenins Imperialismusanalyse sind die sog. Merkmale des »Imperialismus« zumindest einer Prüfung wert:

1. *Konzentration der Produktion und des Kapitals, Bildung von Monopolen.* Tatsächliche Monopole sind heute eher nicht anzutreffen, Oligopole jedoch allemal, und der Konzentrationsprozess, denken wir an DaimlerChrysler und ähnliche Multis, setzt sich transnational, auf globalisierter Ebene weiter fort.
2. *Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital.* Seit etwa zwanzig Jahren hat sich eine weitgehende Verselbständigung der Finanzsphäre vollzogen; die frühere Unterstützungsrolle des Finanzkapitals für die Industrie besteht kaum noch. Es ist eine virtuelle Ökonomie entstanden, die sich nationaler staatlicher Kontrolle entzogen hat und vorhandene Ressourcen bedenkenlos abräumt, wenn dies Profit verspricht. Dadurch werden Problemlagen in Gesellschaften der »Peripherie« und in den Unterschichten der Gesellschaften der »Zentren« bedenkenlos verstärkt.
3. *Kapitalexport gewinnt gegenüber dem Warenexport vorrangige Bedeutung.* Charakteristisch für die Gegenwart ist Kapitalimport der USA. Das US-Außenhandelsdefizit ist auf Größenordnungen von über 300 Mrd. US-Dollar jährlich angewachsen. Der größte Teil des ausländischen Kapitals fließt jedoch in die Finanzierung dieser Importe, in die Rüstung und in den privaten Konsum in den USA. Insofern haben diese Geldströme, die im Grunde vielen Ländern der Welt Kapital für

produktive Zwecke entziehen, eher den Charakter eines imperialen Tributs: die Armut in den Ländern des Südens und die Arbeitslosigkeit in Westeuropa sind die Kehrseite der wunderbaren Profitvermehrung in den Finanzsphären der USA.

4. *Herausbildung internationaler Monopolistenverbände, die Einflussphären und Märkte in der Welt unter sich aufteilen.*

Mit Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Welthandelsorganisation (WTO) sind internationale, weltweite Organisationen entstanden, die die »Spielregeln« der kapitalistischen Bewegung global festlegen und kontrollieren.

5. *Die territoriale Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Großmächte ist abgeschlossen; der Kampf um die Neuaufteilung führt zu imperialistischen Kriegen.* Das war gestern. Das kapitalistische Weltsystem hat die Entkolonialisierung überstanden, und mit neuerlichen Kriegen zwischen den Zentren des internationalen Kapitalismus ist weder aus militärischen (siehe die militärische Potenz der USA) noch aus Profitgründen zu rechnen. Hier ist analytisch mit Lenin nicht mehr viel anzufangen.

Weiter hilft hier schon die Idee von Karl Kautsky, dass der Kapitalismus zu einem »Ultraimperialismus« führen wird, über den er während des ersten Weltkrieges schrieb, »daß die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte.« (Kautsky: 144) Und das ist es ja wohl, womit es die Völker der Welt seit 1945 zu tun haben, nach dem Ende des Staatssozialismus nun tatsächlich in globalem Maßstab. Die USA und EU-Europa sind die Hauptkomponenten dieses »Ultraimperialismus«, neben Japan, und ihr Verhältnis ist eines von Übereinstimmung der Interessen und Konkurrenz innerhalb des Gefüges. Die Asienkrise Ende der 1990er Jahre, als etliche der zuvor als »erfolgreich« eingestuft asiatischen Schwellenländer in kurzer Zeit einen beträchtlichen Teil ihres erarbeiteten Wohlstands verloren, hat gezeigt, daß die Hauptprofiteure dieses Vorganges eben im nordatlantischen Raum, in der »Welt des weißen Mannes« beheimatet waren.

Das korrespondiert mit dem Ansatz von Wallerstein, dass der Kapitalismus – von Europa ausgehend – kein Imperium hervorbrachte, sondern ein Weltsystem, das ein neuartiges Sozialsystem wurde. Es hat Grenzen, Strukturen, Mitgliedsgruppen, Legitimationsgesetze und besteht »aus widerstrebenden Kräften, die es durch Spannung zusammenhalten und auseinanderzerren, da jede Gruppe fortwährend danach strebt, es zu ihrem Vorteil umzugestalten. Es hat Merkmale eines Organismus«, der in Bewegung ist, dessen Strukturen sich verändern, der sich insgesamt aber als überlebensfähig gezeigt hat. (Wallerstein, 1986: 517) Zu seinen Vorteilen gegenüber historischen Imperien gehört, dass letztere dazu neigen, eine Bürokratie hervorzubringen, die zuviel vom Profit absorbiert. (Wallerstein, 1986: 27) Zentrum und Peripherie bedingen sich in diesem System gegenseitig, der Reichtum im Zentrum hat die Armut der Peripherie zur Voraussetzung. Und es geht nicht

ohne Staat, zumindest den Staat des Zentrums: die kapitalistischen Schichten brauchen ihn, um ihre Interessen zu schützen, die verschiedenen Monopole zu behaupten und ihre Verluste auf die übrige Bevölkerung zu verteilen. So sind die Staatsstrukturen in den Zentren stark, in den Peripheriegebieten eher schwach.

Das Wechselverhältnis von Kooperation und Konkurrenz innerhalb des ultraimperialistischen Gefüges mag in ruhigen, friedlichen Zeiten nicht so deutlich hervortreten; es geht um Zölle zwischen der EU und den USA, um Regularien in der WTO, um genmanipulierte Sojabohnen. In diesem Jahr jedoch, da die USA den geopolitischen Neuordnungskrieg im Nahen und Mittleren Osten auf die Tagesordnung gesetzt hatten, um mittels ihrer militärischen Gewalt die relative Schwäche im Bereich der wirtschaftlichen Konkurrenz zu kompensieren und sich mit dem Irak-Öl auch die Kontrolle über die Öl-Preise zu sichern, erhielt das Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz eine völlig andere Dimension. Nicht nur, dass die Regierungen Deutschlands und Frankreichs im Verein mit Russland und China über den UN-Sicherheitsrat den Krieg schon aus wirtschaftlichen Gründen doch noch zu verhindern trachteten, sie handelten zugleich in Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit der Völker Europas, ja der Welt.

Zugleich verkörperte diese imperiale Strategie der USA ja gerade den Versuch, das kapitalistische Weltsystem in ein von ihnen kontrolliertes Imperium zu verwandeln, womit das Weltsystem seiner Vorteile gegenüber einem Imperium natürlich verlustig ginge. In Bosnien, Kosovo und Afghanistan ist bereits zu besichtigen, dass derlei Protektorate offenbar auf Dauer gestellt sind – und die Kosten tragen bisher bekanntlich die anderen, jedenfalls nicht die USA. Im Irak allerdings wollten sie wohl den Protektor selbst stellen, schon wegen des Öls. Das Ergebnis ist bekannt. Die Ausdehnung derartiger Protektoratskonstruktionen in der Welt bindet jedenfalls immer mehr Kräfte und Mittel des kapitalistischen Weltsystems, die für anderes nicht zur Verfügung stehen, verstärkt den Widerstand des »Südens« gegen den »Norden«, und vergrößert weltweit die von diesem imperialen Streben bewirkte Zone der Unsicherheit.

Perspektiven

In einer kleinen Schrift, die er »Utopist« genannt hat, hat Immanuel Wallerstein seine aktuelle Sicht auf die Perspektiven des Kapitalismus umrissen. Seine These lautet: Die Welt befindet sich in einem Zeitalter des Übergangs. Eine strukturelle Krise hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Zentren der Weltwirtschaft erfasst. Die von der Militärmacht der USA und den Profiteuren der Weltwirtschaft dominierten Beziehungen zwischen Nord und Süd geraten aus dem Gleichgewicht und drohen ins Chaos zu stürzen. Die liberalistische Ideologie und die Wohlfahrtsprojekte in den Zentren verlieren ihre Glaubwürdigkeit. Radikalismen und Fundamentalismen rücken im Norden wie im Süden, in den Zentren wie an der Peripherie in den Vordergrund.

Hatte er zwanzig Jahre zuvor in seiner Schrift »Der historische Kapitalismus« noch betont, daß jener über eine beträchtliche Stabilität und Erneuerungsfähigkeit verfüge und sein Ende nicht abzusehen sei, so sieht er jetzt die historischen Grenzen. Kapitalismus funktioniert als »ein System, das die endlose Akkumulation von Kapital zuläßt und bekräftigt«. (S. 44) Dafür brauchen alle Kapitalisten etwas Staat und Staaten insgesamt. Unter aktueller Perspektive ist das wohl der Grund, weshalb Weltbank und US-Regierung einen Zerfall von Staatlichkeit in Argentinien offenbar mehr fürchten als einen linken Präsidenten Lula in Brasilien, wenn er nur die »Schulden« weiter bezahlt. Die Anti-Staats-Kampagne des Neoliberalismus will diese Symbiose von Staat und Kapitalismus in Frage stellen, untergräbt dabei jedoch die eigenen Grundlagen. Der doppelte Druck auf den Staat, die Ausgaben zu erhöhen und gleichzeitig die Steuern zu senken, führt zu einer »fiskalischen Krise der Staaten«, zu einer irreparablen »Erschöpfung nicht ökonomischer, sondern sozialer Güter«. Ohne starke Staaten jedoch »kann es keine durch den Staat vermittelten finanziellen Transaktionen an die Hersteller und keine durch den Staat sanktionierte Externalisierung der Kosten geben«. (S. 53, 56) Die Antistaatshaltung der transnationalen Unternehmen ist in Wirklichkeit eine Reaktion auf die verstärkte Demokratisierung der Welt und die damit verbundene Delegitimierung der Staaten. Die einfachen Menschen hingegen wenden sich vom Staat ab, weil sie von der Ineffizienz jener Politik enttäuscht sind, die Reformen auf Druck der transnationalen Unternehmen nur noch als Abbau sozialer Sicherungen realisiert.

Drei Tendenzen der Desintegration des Weltsystems sind nunmehr auszumachen:

- die Delegitimierung der Ideologie des unvermeidlichen Fortschritts, die nur der ideologische Ausdruck der endlosen Kapitalakkumulation als Leitprinzip gesellschaftlicher Organisation war;
- die weltweite Verbreitung der Rüstung und
- die Migrationsbewegungen von Süden nach Norden.

Als Herausforderungen sieht Wallerstein: weltweit ein liberales, egalitäres System in die Tat umzusetzen, eine Demokratie zu realisieren, die diesen Namen wirklich verdient; jede und jeden in die Lage zu versetzen, einen oder mehrere befriedigende Berufe auszuüben und im Falle unerwarteter Lebenslagen soziale Hilfe erhalten zu können; die Ressourcen der Biosphäre adäquat zu schützen, auch um so »die Verluste zwischen den Generationen und die Ausbeutung einer Generation durch die andere zu verhindern«. (S. 82)

Vier strukturelle Elemente, dies zu erreichen, rückt er besonders in den Vordergrund. Es ist erstens die Errichtung von dezentralisierten gemeinnützigen Betrieben, die einen anderen Produktionsmodus verkörpern, also das, was anderswo nachhaltig und lokale Ökonomie genannt wird. Zweitens ist es die Einführung eines garantierten, lebenslangen Mindesteinkommens, um den gleichen Zugang zu Erziehung, Ausbildung, Gesundheitsfürsorge usw. zu sichern. Zur Rettung der Biosphäre fordert er drittens die konsequente Internalisierung

sämtlicher Kosten, einschließlich jener, die erforderlich sind, um die Biosphäre zu reproduzieren. All diese Entscheidungen sollten viertens demokratisch getroffen werden, »wobei alle, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, involviert werden sollten«. (S. 93) So ist Demokratie, partizipative Demokratie der eigentliche Schlüssel zu sozialer Veränderung. Hinzuzufügen ist, dass den Kriegsbetreibern in den Arm zu fallen, ein Schritt ist, der allen anderen voranzugehen hat.

Fazit

»Wir werden keine einfache, entspannte Debatte erleben, keine freundliche Diskussion unter Chorknaben. Es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen.« (S. 95)

Die Kriegsstrategie der USA ist nicht Lösung dieses Problems, sondern eines der Hauptprobleme. Es entspricht durchaus der Entstehung der Nobilität und der aussaugenden virtuellen Finanzmechanismen, dass sie eines handfesten militärischen »Schutzes« bedürfen. Damit setzt sich die imperiale Tendenz durch, sie wächst aus dem Weltsystem des Kapitalismus hervor, das damit an Flexibilität einbüßt. Das von den jetzt die USA regierenden Kräften beabsichtigte Imperium läuft darauf hinaus, die Grundlagen dieses Weltsystems noch rascher zu unterminieren.

Wallerstein prognostiziert eine kommende Periode der Unordnung, Auflösung und Desintegration, die etwa 50 Jahre dauern kann. Das gegenwärtige System kann nicht überleben, und in Zeiten des Übergangs und der Krise wird der Faktor »freier Wille« zentral. Es hängt von den Akteuren – den systemtragenden wie den kapitalismuskritischen – ab, welche sozialen und menschlichen Kosten diese Umbruchszeit fordern wird.

Es bleibt die Botschaft: »Eine andere Welt ist möglich.« Das 21. Jahrhundert kann, ja wird am Ende ein neues Zeitalter der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit eröffnen. Das wird gewiss so sein, wenn nur genügend viele Menschen dies wollen und diesen Willen in aktives politisches Handeln für eine bessere Welt umzusetzen vermögen. Auch in den USA selbst ist imperiale Politik nur so lange möglich, wie eine Mehrheit der Menschen stillhält oder sich einwickeln lässt. Am Ende aber gilt der alte Satz von Abraham Lincoln: »Man kann das ganze Volk eine Zeitlang betrügen, und einen Teil des Volkes die ganze Zeit, aber niemals das ganze Volk die ganze Zeit.«

Literatur:

- Werner Biermann: Die Herren der Welt. Weltmachtspolitik der USA nach 1945, 2000
 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Dies.: Werke, Bd. 4, Berlin 1971.
 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ders.: Werke, Bd. 22, Berlin 1971.
 Karl Kautsky: Zwei Schriften zum Umlernen, in: Die Neue Zeit, 2. Bd., 1915.
 Immanuel Wallerstein: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1986. (engl. The Modern World-System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century, 1974)
 Immanuel Wallerstein: Der historische Kapitalismus, Berlin 1984. (engl. Historical Capitalism, 1983)
 Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002. (engl. Utopistics, 1998)